

# Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

Landtag von Baden-Württemberg

Haus der Abgeordneten

Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann MdL

Konrad-Adenauer-Straße 12

70173 Stuttgart

– per E-Mail: Winfried.Kretschmann@gruene.landtag-bw.de –

Tamm / Asperg, den 5. Dezember 2024

## Mögliche Standorte für eine Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Kretschmann,

die Bürgerinitiative GGLTA / „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI) engagiert sich seit März 2023 gegen die Planungen des Landes zur Errichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) auf dem so genannten *Schanzacker* auf Gemarkung der Stadt Ludwigsburg.

Aus diesem Anlass würden uns Ihre Antworten zu dem als Anlage 1 beigefügten Fragenkatalog interessieren. Wir möchten Sie hiermit freundlich um Rückmeldung dazu bitten.

Aus Gründen der Transparenz teilen wir mit, dass wir den Fragenkatalog auch übersenden an:

- ✓ alle übrigen Mitglieder der Landesregierung, die ebenfalls zugleich ein Landtagsmandat inne haben und in deren Wahlkreis sich zudem keine LEA befindet,
- ✓ die 5 Fraktionsvorsitzenden im baden-württembergischen Landtag sowie
- ✓ Herrn Bundesminister Cem Özdemir (der laut Presseberichterstattung offenbar bei der Landtagswahl 2026 ein Kandidat für das Mandat im Wahlkreis Stuttgart II sein wird)

## Erläuterungen

Zunächst ist uns aufgefallen, dass keiner der derzeit 5 im Land bestehenden LEA-Standorte in Ihrem Wahlkreis liegt:

LEA-Standortkommune	Wahlkreis Landtag Baden-Württemberg	Mandatsträger(in)	Kabinettsmitglied
Ellwangen	Aalen (Wahlkreis 26)	Winfried Mack	Nein
Freiburg	Freiburg II (Wahlkreis 47)	Nadyne Saint-Cast	Nein
Heidelberg	Heidelberg (Wahlkreis 34)	Dr. Marilena Geugjes	Nein
Karlsruhe	Karlsruhe I (Wahlkreis 27)	Dr. Ute Leidig	Ja
Sigmaringen	Sigmaringen (Wahlkreis 70)	Andrea Bogner-Unden	Nein

Zudem ist es seit wenigen Tagen – konkret: seit dem 30. November – genau ein Jahr her, dass die Landesregierung angekündigt hat, für die Unterbringung von Flüchtlingen „mindestens neun neue Erstaufnahmezentren im Land“ schaffen zu wollen, da „9.000 Plätze für neu ankommende Flüchtlinge“ fehlen.<sup>1</sup> Für die Erstaufnahme angestrebt werden offenbar – so auch noch der Stand im Februar 2024 – „insgesamt 15.000“ Regelplätze.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/baden-wuerttemberg-braucht-neun-neue-fluechtlingszentren-100.html>

<sup>2</sup> <https://www.landtag-bw.de/home/aktuelles/dpa-nachrichten/2024/Februar/KW8/Sonntag/c6e1d53a-25fb-4aef-800e-3cf0139b.html>

## Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

---

Die BI hat keine Kenntnis darüber, ob diese Zahl gegenwärtig noch zutreffend ist, nachdem Herr Staatssekretär Lorek unlängst im Stuttgarter Gemeinderat von einer deutlich geringeren Zahl gesprochen haben soll („Derzeit habe man eine Regelkapazität von 6200 Plätzen, [...] Ziel sei, eine Regelkapazität für 12 000 Personen zu erreichen [...]).“)<sup>3</sup>

Dessen ungeachtet ist festzuhalten: Selbst wenn auf dem Ludwigsburger *Schanzacker* eine LEA errichtet werden sollte (was allerdings nach Einschätzung der BI aufgrund der dort vorhandenen, vom europäischen Natur- und Artenschutzrecht erfassten Schutzgüter ausgeschlossen sein dürfte) bestünde noch ein erheblicher weiterer Bedarf für neue Erstaufnahmeeinrichtungen im Land.

Seit der besagten Ankündigung vom 30. November 2023 ist – jedenfalls nach Kenntnis der BI – noch keine neue LEA entstanden, eine EA (die auf 5 Jahre befristet wird) ist derzeit im Entstehen.<sup>4</sup> Sofern die Landesregierung an dem Ziel der Schaffung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen festhält, gibt es also noch sehr viel zu tun.

Damit sind nach Überzeugung der BI diesbezüglich nun alle Unterstützer gefordert – insbesondere natürlich auch Sie als Mitglied der Landesregierung und einer der beiden Regierungsfraktionen im baden-württembergischen Landtag. Sicherlich sind wir uns einig darin, dass gerade Sie hier mit gutem Beispiel vorangehen sollten.<sup>5</sup>

Landtagsabgeordnete sind im Wahlkreis für gewöhnlich bestens vernetzt. Insbesondere bestehen üblicherweise enge Kontakte zu Immobilienmaklern, Gewerbetreibenden, Landwirten und weiteren Personengruppen, die hinsichtlich Liegenschaften im Allgemeinen gut informiert und dementsprechend nah am Thema dran sind. Aus Sicht der BI wäre es eine große Überraschung, wenn sich über dieses hervorragende Netzwerk keine weiteren, als Standorte für Erstaufnahmeeinrichtungen geeigneten Liegenschaften finden lassen würden.

Ihre Antworten auf die nachstehenden Fragen sind nicht nur für uns von großem Interesse. Vor dem Hintergrund der für den 23. Februar 2025 erwarteten Bundestagswahl und der im Frühjahr 2026 stattfindenden Landtagswahl – bei denen sich auch Ihre Partei erwartbar wieder um Mandate bewerben wird – besteht aus Sicht der BI zugleich auch ein öffentliches Interesse daran zu erfahren, wie Ihre Meinung zum Thema Erstaufnahmeeinrichtungen aussieht.

Wir bitten Sie daher freundlich um zeitige Beantwortung der nachstehenden Fragen. Vorsorglich möchten wir Sie bitten davon abzusehen, als Antwort lediglich auf die gegenwärtig laufenden Standortuntersuchungen von Justizministerium / Vermögen & Bau zu verweisen und damit die Fragen letztlich unbeantwortet zu lassen.<sup>6</sup>

Ihre Rückmeldung möchten wir wie üblich mit der interessierten Öffentlichkeit und der Presse (auch in Ihrem Wahlkreis) teilen. In gleicher Weise beabsichtigen wir im Falle einer Nichtantwort zu verfahren.

Ihre Antwort können Sie uns gerne über die folgende E-Mail-Adresse zukommen lassen: [lea-tamm-asperg@gmx.com](mailto:lea-tamm-asperg@gmx.com)  
Alternativ steht Ihnen auch unser Postfach zur Verfügung: [Bürgerinitiative GGLTA | Postfach 1111 | 71730 Tamm](#)

Für etwaige Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Ade

Albrecht Feucht

Thomas Frey

Thomas Walker

Andreas Weiser

---

<sup>3</sup> <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.unterbringung-von-gefluechteten-justizministerium-landesaufnahmestelle-koennte-stuttgart-auch-entlasten.517c78e2-f954-4f4d-8ce8-ec2a36180f03.html>

<sup>4</sup> Für die alte Landesfeuerweherschule in **Bruchsal** ist offenbar ein Standort als Erstaufnahmeeinrichtung vorgesehen. Der Standort soll auf 5 Jahre befristet werden. ([https://www.bruchsal.de/site/Bruchsal-Internet-2023/get/documents\\_E-47901906/bruchsal-internet/StadtBruchsal-Dateien/PDF-Sammlungen/Gesamtdokument\\_TOP\\_4\\_2024\\_06\\_04\\_GR.pdf](https://www.bruchsal.de/site/Bruchsal-Internet-2023/get/documents_E-47901906/bruchsal-internet/StadtBruchsal-Dateien/PDF-Sammlungen/Gesamtdokument_TOP_4_2024_06_04_GR.pdf))

<sup>5</sup> Sofern sich in Ihrem Wahlkreis bereits eine Erstaufnahmeeinrichtung befindet (worüber wir leider keine Kenntnis haben) wäre die Schaffung einer weiteren Einrichtung das Thema.

<sup>6</sup> Nach den uns vorliegenden Informationen werden gegenwärtig mögliche Standorte in den folgenden baden-württembergischen Kommunen untersucht: **Fellbach, Ludwigsburg, Reutlingen, Stuttgart** und **Waldkirch**. Zwischenzeitlich dürfte **Böblingen** als Option entfallen sein, da die Stadt Böblingen die Liegenschaft erwirbt. (<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.migration-im-suedwesten-wo-gibt-es-platz-fuer-weitere-fluechtlinge.7ed62b13-ce99-4f02-b853-dbe26961cac0.html>)  
<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.fuer-40-millionen-euro-lea-vom-tisch-boeblingen-kauft-krankenhaus.13b34f3a-cc07-4bf0-93a4-509c7f739ca0.html>)

# Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

---

## Anlage 1: Fragenkatalog

1. Befürworten Sie das bisherige LEA-Konzept von Justizministerium / Vermögen & Bau mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität sowie das Ziel der Schaffung von weiteren Erstaufnahmeeinrichtungen im Land?

ja  nein

2. Befürworten Sie die Schaffung einer Erstaufnahmeeinrichtung in Ihrem Wahlkreis?

ja  nein

Falls nein: warum nicht?

3. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen auch gegen den Willen der Standortkommune?

ja  nein

Falls ja: warum?

4. Befürworten Sie die Schaffung von Erstaufnahmeeinrichtungen ohne Bürgerbeteiligung zum „Ob“ des Standorts?

ja  nein

Falls ja: warum?

5. Haben Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau bereits Vorschläge unterbreitet zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

ja  nein

Falls ja: welche waren dies und wann war das?

Falls nein: warum nicht?

6. Werden Sie dem Justizministerium / Vermögen & Bau (ggf. weitere) Vorschläge unterbreiten zu in Ihrem Wahlkreis belegenen Liegenschaften für Erstaufnahmeeinrichtungen?

ja  nein

Falls ja: welche werden dies sein?

Falls nein: warum nicht?

7. Haben Sie sich bereits dafür eingesetzt bzw. werden Sie sich dafür einsetzen, dass das bisherige LEA-Konzept mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität aufgegeben wird und stattdessen kleinere LEAen errichtet werden?

ja  nein

Falls ja: wann war das bzw. wann wird das sein?

Falls nein: warum nicht?

## Anlage 2: Positionen der BI (Auswahl)

**Achtung des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung:** Die BI ist der festen Überzeugung, dass Erstaufnahmeeinrichtungen nicht gegen den Willen der Standortkommune geschaffen werden sollten. Die BI fordert die Landesregierung dazu auf, das verfassungsrechtlich begründete Recht der baden-württembergischen Kommunen auf Selbstverwaltung zu respektieren und insbesondere von einer Anwendung des § 246 Baugesetzbuch (BauGB) abzusehen. Aus Sicht der BI darf für Erstaufnahmeeinrichtungen nichts anderes gelten als für jedes sonstige Bauvorhaben – bei dem es dem Vorhabenträger obliegt, im Gemeinderat der Standortkommune eine politische Mehrheit zu finden. Daraus, dass im vergangenen Jahr eine „Abfrage [...] unter den 1.101 Kommunen im Land [...] keine verwertbaren Rückmeldungen zu geeigneten Grundstücken oder Flächen“<sup>7</sup> erbracht hatte, sollte das Land selbstkritisch die Erkenntnis ziehen: Bei Erstaufnahmeeinrichtungen handelt es sich für die Kommunen (trotz möglicher Privilegierungen bei der Anschlussunterbringung) in der Regel weder um ein attraktives noch um ein dort mehrheitsfähiges Vorhaben.

**Schaffung kleinerer LEAen:** Das bestehende LEA-Konzept des Landes mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität lehnt die BI ab. Bereits mehrfach hatte die BI gegenüber der Landesregierung die Schaffung von LEAen mit jeweils erheblich weniger Personen darin gefordert – wie etwa in der Stellungnahme vom 22. Juli 2023:

- „Der zielführende Weg sind deutlich kleinere LEAen, um damit den Erfordernissen der Integration und der öffentlichen Sicherheit hinreichend Rechnung tragen zu können. Zugleich gestaltet sich die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger sowie der politischen Entscheidungsträger vor Ort umso größer, je kleiner eine LEA ausfällt. [...]

### Absolute und relative Personenbegrenzung bei LEAen (Haltelinien)

[...] Nach Überzeugung der BI ist es nicht angängig, dass im Land weiterhin riesige Sammelunterkünfte mit zum Teil mehreren tausend Personen darin geschaffen werden. Zum einen sind Einrichtungen in dieser Größe bereits deshalb abzulehnen, weil die Bedingungen für die darin untergebrachten Menschen schlicht unzumutbar sind. Zum anderen gehen mit solchen Einrichtungen gravierende Probleme im Hinblick auf die Erfordernisse der Integration und der öffentlichen Sicherheit einher.

Daher ist zunächst eine Begrenzung [...] der darin untergebrachten Personen notwendig (**absolute Haltelinie**). Darüber hinaus müssen [...] die Anzahl der [...] Personen und [...] die Größe der Standortgemeinde [...] in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen (**relative Haltelinie**). [...] Konkret schlägt die BI dazu vor:

- LEAen dürfen nur eine Größe von maximal **100 Personen** aufweisen
- Zugleich dürfen in einer LEA nicht mehr Personen als maximal **1% der Einwohner** der Belegenheitsgemeinde bzw. der Angrenzergemeinden untergebracht werden

Die Festlegung von verbindlichen Größenbeschränkungen tut auch deshalb dringend Not, weil das Land die LEAen in der Praxis zuweilen dramatisch überbelegt.“

**Ergebnisoffene Bürgerbeteiligung:** Die BI fordert zudem eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung zu Erstaufnahmeeinrichtungen – namentlich auch zum „Ob“ eines Standorts und nicht nur zum „Wie“. Im Forderungspapier vom 14. Dezember 2023 hatte die BI ausgeführt:

- „Nach Überzeugung der BI braucht es beim Thema Zuwanderung mehr und nicht weniger Konsens und Mitsprache der einheimischen Bevölkerung. Die BI fordert deshalb für alle Unterbringungen in überörtlicher Zuständigkeit [...] eine Zustimmung der Menschen vor Ort. Aus Sicht der BI müssen die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben, selbst darüber zu entscheiden, mit wem sie in ihrer Heimat zusammenleben möchten.“

---

<sup>7</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/baden-wuerttemberg-braucht-neun-neue-fluechtlingszentren-100.html>

## Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

---

### Anlage 3: Positionen der Landesregierung (Auswahl)

**LEAen gegen den Willen der Standortkommune:** Leider hat die Landesregierung bereits mehrfach angedroht, auch ohne die Zustimmung der politischen Entscheidungsträger vor Ort LEAen errichten zu wollen:

- „Ministerpräsident Kretschmann will den Bau von Flüchtlingsunterkünften notfalls auch gegen den Willen der Kommunen durchsetzen. [...] Im Streit um den Bau von Flüchtlingsunterkünften will das Land den Druck auf die Kommunen nach deutlichem Gegenwind notfalls erhöhen. Als letzte Möglichkeit müssten Einrichtungen auch gegen den Willen von Städten und Gemeinden entstehen können, kündigten Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und das Justizministerium an.“<sup>8</sup>

**Keine Bereitschaft zu Änderungen am LEA-Konzept:** Zudem hält die Landesregierung offenbar unverändert an dem bisherigen LEA-Konzept mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität fest, das im Schreiben des Justizministeriums an die BI vom 18.07.2023 wie folgt erläutert wurde:

- „Vor dem Hintergrund der [...] überaus angespannten Zugangssituation sind größere Erstaufnahmestandorte unverzichtbar. Größere Einrichtungen ermöglichen es zudem, den Schutzsuchenden verbesserte Betreuungsangebote anzubieten, sind aber auch aus Sicht des Steuerzahlers vorzugswürdig.“

**Keine Bürgerbeteiligung zum „Ob“ eines LEA-Standorts:** Und obwohl die Landesregierung seit vielen Jahren vollmundig für mehr Bürgerbeteiligung im Land wirbt, besteht bislang grundsätzlich keinerlei Bereitschaft, eine ergebnisoffene Bürgerbeteiligung zum Thema LEAen durchzuführen:

- „Nach Druck von Kretschmann [...]. Bürger sollen einbezogen werden – aber nicht bei Entscheidung | Die Landesregierung will bei der Errichtung eines neuen Standorts frühzeitig die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen, um die Akzeptanz zu erhöhen. Aber: »Im Rahmen der Bürgerbeteiligung wird nicht das 'Ob' einer Einrichtung von Erstaufnahmeeinrichtungen, sondern das 'Wie' diskutiert«, hieß es.“<sup>9</sup>
- „Allerdings stellte die Ministerin auch klar: [...] Baden-Württemberg brauche dringend neue Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete. »Mit dem Druck, unter dem wir stehen, sind wir nicht in der Lage, die Bürger darüber entscheiden zu lassen. Sonst bekommen wir nirgendwo eine LEA hin«, sagte Gentges [...].“<sup>1011</sup>

---

<sup>8</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/fluechtlingsunterkuenfte-bw-macht-druck-auf-kommunen-100.html>

<sup>9</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/neue-standorte-fuer-fluechtlingszentren-in-bw-im-gespraech-100.html>

<sup>10</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/buergerinitiative-lea-tamm-asperg-100.html>

<sup>11</sup> Für die BI stellt sich hier die Frage, um welchen „Druck“ es sich dabei handeln soll – da gerade einmal 6 Wochen nach dieser Aussage davon zu lesen ist, dass das Land auf den Weiterbetrieb einer bereits bestehenden Erstaufnahmeeinrichtung verzichten kann:

- „Das Ankunftszentrum Ukraine auf dem Gelände der ehemaligen Zollernalb-Kaserne in Meßstetten schließt [...] und wird nun bis zum 31. Oktober zurückgebaut. [...] Insgesamt wurden 14.664 Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine in der Einrichtung aufgenommen, davon 5942 Kinder und Jugendliche sowie 8721 Erwachsene. [...] Die höchste Bewohneranzahl wurde am 29. August 2022 mit 1312 Bewohnerinnen und Bewohnern erreicht.“

(<https://www.schwaebische.de/regional/zollernalb/messstetten/ankunftszentrum-ukraine-in-messstetten-schliesst-3019846>)

- „Über 42.000 Menschen aus aller Welt haben in den zurückliegenden zehn Jahren auf dem einstigen Bundeswehreal [...] ein vorübergehendes zu Hause gefunden: Zunächst Asylsuchende in der Landeserstaufnahmestelle (LEA), später Geflüchtete im Ankunftszentrum Ukraine.“

(<https://www.stadt-messstetten.de/rathaus-und-service/aktuelles/aktuelle-meldungen?c7-item=14379785>)

---

# Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

---

## Anlage 4: Bürgerabstimmung vom 15. September 2024

Die BI ist mit der ebenso kompromiss- wie rücksichtslosen Haltung der Landesregierung nicht einverstanden.

Deshalb hat die BI im Rahmen der so genannten Bürgerabstimmung am 15. September 2024 die Bevölkerung von Tamm, Asperg und Umgebung symbolisch über eine LEA Schanzacker sowie über eine Reihe weiterer Fragstellungen abstimmen lassen. Soweit nicht bereits bekannt möchten wir Ihnen die Ergebnisse nachstehend zur Kenntnis geben:

- Insgesamt wurden **3.952** gültige Stimmzettel abgegeben.
- Ungültig waren **8** Stimmzettel.
- Von diesen Stimmzetteln wurden **274** Stück per Briefwahl übersendet.

Die Ergebnisse zu den Fragen lauten wie folgt:

### Frage 1: Die Errichtung einer Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) auf dem Schanzacker

- lehne ich ab **3.940** Stimmen
- befürworte ich **12** Stimmen

### Frage 2: Eine andersartige Bebauung des Schanzacker – wie z.B. Photovoltaik, Gewerbegebiet – würde ich

- ablehnen **3.709** Stimmen
- befürworten **223** Stimmen

### Frage 3: Der Schanzacker in seiner bisherigen Form ist mir als Naherholungsgebiet

- wichtig **3.841** Stimmen
- nicht wichtig **91** Stimmen

### Frage 4: LEAen mit 1.000 bis 2.000 Personen Regelkapazität halte ich für

- kein sinnvolles Konzept **3.888** Stimmen
- ein sinnvolles Konzept **38** Stimmen

### Frage 5: Über Infrastrukturen mit überörtlicher Bedeutung – wie z.B. LEAen – sollte die lokale Bevölkerung

- mitentscheiden dürfen **3.920** Stimmen
- nicht mitentscheiden dürfen **21** Stimmen

### Frage 6: Die Politik der baden-württembergischen Landesregierung empfinde ich als

- nicht transparent **3.826** Stimmen
- transparent **85** Stimmen

## Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen LEA Tamm-Asperg“ (BI)

---

**Frage 7:** Die öffentliche Sicherheit findet bei LEA-Planungen des Landes BW

- nicht genügend Berücksichtigung      **3.848** Stimmen
- genügend Berücksichtigung      **33** Stimmen

**Frage 8:** Der in der polizeilichen Kriminalstatistik BW verzeichnete Anteil von Straftaten durch Zuwanderer ist

- Grund zur Sorge      **3.782** Stimmen
- kein Grund zur Sorge      **87** Stimmen

**Frage 9:** Die Sicherheit im öffentlichen Raum bewerte ich in BW als

- unsicherer geworden      **3.696** Stimmen
- unverändert      **197** Stimmen
- sicherer geworden      **11** Stimmen

**Frage 10:** In Sachen LEAen / Zuwanderung / öffentliche Sicherheit bewerte ich die Arbeit der baden-württembergischen Landesregierung mit folgender Punktzahl (0 = schlecht / 5 = neutral / 10 = gut):

<input type="checkbox"/>	0	<b>2.212</b> Stimmen	= <b>0</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	1	<b>520</b> Stimmen	= <b>520</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	2	<b>480</b> Stimmen	= <b>960</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	3	<b>317</b> Stimmen	= <b>951</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	4	<b>120</b> Stimmen	= <b>480</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	5	<b>144</b> Stimmen	= <b>720</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	6	<b>27</b> Stimmen	= <b>162</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	7	<b>11</b> Stimmen	= <b>77</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	8	<b>14</b> Stimmen	= <b>112</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	9	<b>6</b> Stimmen	= <b>54</b> Punkte
<input type="checkbox"/>	10	<b>13</b> Stimmen	= <b>130</b> Punkte
		-----	-----
		<b>3.864</b> Stimmen	<b>4.166</b> Punkte

Nach Berechnung der BI ergibt sich bei Frage 10 ein Durchschnitt von ca. **1,078** Punkten.